

Konferenz für Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie

Autor(en): **Gubler, Hanspeter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **173 (2007)**

Heft 10

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-71145>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Konferenz Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie

An der Handelsblatt-Konferenz «Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie» diskutierten Anfang Juli 2007 führende Vertreter aus Politik, Militär und Rüstungsindustrie über aktuelle sicherheitspolitische Themen sowie wesentliche rüstungstechnische Entwicklungen und Trends.

Die zum vierten Mal in Berlin durchgeführte Konferenz wurde von rund 300 Teilnehmern, vorwiegend aus Deutschland und anderen europäischen Staaten, besucht. Referenten waren u.a. der deutsche Verteidigungsminister Jung, Innenminister Schäuble, der stellvertretende polnische Verteidigungsminister, der frühere CEO der Firma EADS sowie weitere namhafte Vertreter aus Politik, Militär und Wirtschaft.

Hauptthemen waren:

- Auslandseinsätze der Bundeswehr – mit Schwerpunkt Afghanistan
- Streitkräfte im Einsatz – Erfahrungen und Konsequenzen
- Krisenherd Nah-/Mittelost – Europas möglicher Beitrag für Frieden und Stabilität
- Homeland Security – Strategien gegen den internationalen Terrorismus
- Chancen für die Rüstungsindustrie mit Fokus auf Russland und Indien
- Wehrtechnische Forschung und Technologie – Ziele, Programme und Perspektiven
- Beitragsmöglichkeiten der militärischen Luft- und Raumfahrt zur Sicherheit und Verteidigung.

Bundeswehreinsätze in der Diskussion

Trotz der zunehmenden Probleme und der zurzeit heftig geführten politischen Diskussionen über die weitere Beteiligung der Bundeswehr in Afghanistan wird im deutschen Bundesverteidigungsministerium mit einer Verlängerung aller drei Bundestagsmandate gerechnet. Diese Mandate laufen Mitte Oktober aus und müssen verlängert werden. Konkret handelt es sich dabei um den Einsatz von Spezialtruppen bei der Operation «Enduring Freedom» (OEF), die Beteiligung an der Unterstützungs- und Stabilisierungsmission ISAF und das ergänzende Mandat für den Einsatz von Aufklärungsflugzeugen «Tornado».

Verteidigungsminister Jung warnte vor einem Ausstieg Deutschlands aus der US-geführten Anti-Terror-Operation «Enduring Freedom». Solange es terroristische Aktivitäten gebe, sei ein Einsatz deutscher Spezialkräfte notwendig. Im Rahmen des Mandats soll der Einsatz von bis zu 100 KSK-Spezialsoldaten weiterhin gestattet bleiben. Jung erinnerte daran, dass zu dieser Mission nicht nur Afghanistan, sondern auch der Seeinsatz am Horn von Afrika und im Mittelmeer gehöre.

Unter dem Kommando der ISAF stehen gegenwärtig rund 3200 deutsche Soldaten und sechs Aufklärungsflugzeuge im Einsatz. Verteidigungsminister Jung kritisierte im Weiteren, dass die bisher erzielten Erfolge leider nicht wahrgenommen würden. So

hätten deutsche Soldaten bisher 685 Projekte wie den Aufbau lokaler Wassersysteme oder den Bau von Schulen, Universitäten und Krankenhäusern umgesetzt.

.....
«Der Schlüssel zum Erfolg liegt im vernetzten sicherheitspolitischen Ansatz, der militärische Sicherung mit zivilem Wiederaufbau verbindet.»
.....

Zur schnelleren Schulung von afghanischen Polizisten habe zudem die EU die Zahl der Ausbilder auf 195 erhöht. Ziel sei es, so rasch als möglich 80 000 afghanische Polizisten und 70 000 Soldaten auszubilden. Zur Strategie in Afghanistan gehöre aber auch ein verstärktes ziviles Engagement, dem bisher zu wenig Beachtung geschenkt worden sei.

Deutschland ist nach Angaben von Verteidigungsminister Jung auch bereit, die Führung der UNIFIL-Marineeinheiten im Libanon weiterhin wahrzunehmen. Seit Mitte Oktober 2006 läuft dieser Bundeswehreinsatz, an dem gegenwärtig rund 900 Marinesoldaten beteiligt sind. Aufgabe des unter deutscher Führung stehenden multinationalen Verbandes ist es, Waffenschmuggel für die radikal-islamischen Hisbollah von der See her zu unterbinden. Die Bundeswehr wird dabei durch griechische, niederländische, dänische und schwedische Kräfte unterstützt.

Stabschef der ISAF fordert dringende Truppenverstärkung

Der deutsche Stabschef im HQ der ISAF, Gen Major Kasdorf, hat in seinem Referat eine rasche Verstärkung des international zusammengefassten Verbandes gefordert. Die rund 40 000 der ISAF zur Verfügung stehenden Soldaten seien nicht ausreichend, um die Sicherheit in Afghanistan flächendeckend aufrechtzuerhalten. Konkret nannte der General eine notwendige Aufstockung der Bodentruppen um «einige tausend Soldaten». Kasdorf beklagte im Weiteren die unzureichende Ausrüstung und die fehlenden Mittel der ISAF. So fehle es insbesondere an Helikoptern und Flugzeugen zum Lufttransport, was angesichts der grossen Entfernungen und der schlechten Infrastruktur unerlässlich sei. General Kasdorf erinnerte daran, dass Afghanistan an zwei Atommächte grenzt, eine dritte in der Nähe ist und eine vierte bald dazukommen könnte. Diese Lage habe einen unmittelbaren Einfluss auf die Bedeutung des Landes. Ein Rückfall Afghanistans könnte massive Folgen für die ganze Region

haben, wobei in der Folge auch Europa und Deutschland betroffen würden.

ISAF und die US-geführte Anti-Terror-Operation (OEF) bezeichnet Kasdorf trotz des unterschiedlichen Mandats und der organisatorischen Trennung als eine Einheit. Generell sei die OEF-Präsenz vor allem im Süden des Landes für die ISAF-Soldaten eine Entlastung. «Diese nehmen uns viele Aufgaben ab, und auch die gegenseitigen Absprachen werden in der Regel eingehalten.»

ISAF sei im Süden zunehmend aktiv, und es sei unterdessen gelungen, die Führungsstrukturen der Aufständischen zu zerstören. Erfolgversprechend seien vor allem die vernetzten Projekte, die neben Sicherheit auch den Wiederaufbau voranbringen. Eine stetige Herausforderung sei es, in den südlichen und östlichen Regionen die Sicherheit aufrechtzuerhalten und den Zustrom von Rebellen zu verhindern. ISAF habe vor Ort viel zu wenig Soldaten, zudem haben die Truppen mit der schlechten Infrastruktur und dem schwierigen Gelände zu kämpfen. Wenn in Afghanistan eine Truppendichte wie im Kosovo angestrebt würde, wären im Verhältnis zur Landesgrösse rund 800 000 Soldaten notwendig.

.....
«Es muss verhindert werden, dass Afghanistan wieder zum Ausbildungszentrum des internationalen Terrorismus wird.»
.....

General Kasdorf widersprach Medienberichten über zunehmende Rückschläge: «Ich sehe keine Verschlechterung der Lage in Afghanistan, vielmehr gibt es auch Erfolge, über die leider nicht berichtet wird.» Zu den zivilen Opfern sagte Kasdorf, dass ISAF aus Bestandsgründen nur in kleinen Gruppen unterwegs sei und diese bei einem Angriff aus dem Hinterhalt unmittelbar auf Unterstützung aus der Luft angewiesen seien. Dabei sollen die Angreifer die zivile Bevölkerung ganz bewusst als menschliche Schutzschilder missbrauchen. Trotz dieser Terrorisierung der Bevölkerung werde aber alles unternommen, um zivile Opfer künftig möglichst zu vermeiden.

Terrorismusgefahr in Europa – Innenminister Schäuble verlangt Konsequenzen

«Die Grenzen zwischen innerer und äusserer Sicherheit sind zunehmend verschwommen», stellte Innenminister Schäuble zur Eröffnung des Themenblocks «Homeland Security» fest. Auch wenn die spezifischen Fähigkeiten von Polizei und Bundeswehr weiterhin gewahrt werden müssten, soll angesichts der neuen Bedrohungsszenarien nicht übersehen werden, dass es zunehmend Überschneidungen gäbe. Die jüngsten Anschläge in London und

Glasgow hätten wieder gezeigt, dass diese nicht zentral von einer Stelle angeordnet werden, sondern sich in Netzwerken organisieren. Spontaneität und Flexibilität seien die grossen Gefahren dieser Formen des Terrorismus. Die heutigen Bedrohungen für die «Homeland Security», die auch verteidigungspolitische Belange berühren, würden auch schwierige nationale und internationale Fragen aufwerfen. So sollen heute gemäss Schäuble «nationales und internationales Recht nicht mehr zu der aktuellen Bedrohung passen». Er warb dabei erneut für ein ganzes Bündel von Massnahmen und Gesetzen zur Abwehr von terroristischen Anschlägen. Konkret will der Minister die Möglichkeit zur schärferen Überwachung von Computerdaten sowie von Handy- und Telefongesprächen weiterverfolgen. Bei jedem Anschlag oder Anschlagversuch wie zuletzt in London oder Glasgow seien Kommunikationsgespräche geführt worden. Er sprach sich auch dafür aus, den Strafrahmen für sogenannte Vorbereitungstaten zu erweitern.

.....

«Beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus sind alle Sicherheitsorgane gefordert; eine bessere Kooperation und verstärkte Zusammenarbeit sind notwendig.»

.....

Zum Dauerzankapfel in der grossen Koalition ist unterdessen die vom deutschen Innenminister und der Bundeskanzlerin geforderte Grundgesetzänderung bezüglich Einsatz der Bundeswehr im Innern geworden. Schäuble beklagte einmal mehr die immer noch fehlenden rechtlichen Grundlagen.

Unterdessen rückt der Einsatz moderner Technologien immer mehr in den Mittelpunkt des Antiterrorkampfes. Im neuen EU-Forschungsrahmenprogramm bis 2013 sollen Sicherheitstechnologien mit 2,5 Mrd. Euro gefördert werden. Etwa der gleiche Betrag soll von der Industrie beigesteuert werden; deren Referenten haben anlässlich dieses Seminars mehrmals auf diesen Entwicklungsschwerpunkt hingewiesen. Nur mit Hilfe moderner Technologien und neuer technischer Mittel könne die Terrorbedrohung eingedämmt und auch wesentlich reduziert werden. Im Vordergrund stehen dabei aufwendige Systeme zur Überwachung kritischer Infrastruktureinrichtungen wie von Flughäfen, Bahnhöfen oder auch von Reaktoren. Zugleich sehen Wirtschaftspolitiker und Industrievertreter bei der Sicherheitstechnik grosse Exportmöglichkeiten. Auf 35 bis 40 Mrd. Euro schätzen die beiden grossen europäischen Anbieter Thales und EADS den globalen Markt. Die Hälfte dieses Volumens soll dabei auf das US-Geschäft ent-

fallen, an dem sich die Europäer allenfalls über Kooperationen beteiligen können.

Internationaler Rüstungsmarkt – Kooperationsmöglichkeiten mit Russland und Indien

Ein weiteres Thema der diesjährigen Konferenz waren die Kooperationsaussichten der europäischen Verteidigungsindustrie mit Indien und Russland. Sprecher waren der frühere Vorstandsvorsitzende von EADS, Tom Enders, und die Staatssekretärin im deutschen Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Für EADS sind Russland und Indien wichtige Kooperationspartner. Indien sei zwar bisher einer der wichtigsten Exportmärkte der russischen Rüstungsindustrie; da zunehmend auch europäische und amerikanische Firmen ihre Produkte auf dem indischen Markt anbieten, werde sich dort der Wettbewerb in den kommenden Jahren aber verstärken. Der klassische Export nach Russland könne aber gemäss Enders nur in sehr engen Nischen betrieben werden, weshalb sich EADS für weitergehende Kooperationen mit lokalen Firmen entschieden habe. Besonders interessant im Verteidigungssektor seien die Geschäftsbereiche Transportflugzeuge, unbemannte Plattformen und Global Security. Eine Vielzahl gemeinsamer Projekte gebe es hingegen bereits in der zivilen Luftfahrt. Mit der russischen Industrie ist beispielsweise eine Kooperation beim Bau des Airbus A350 wie auch eine gemeinsame Umrüstung von Passagierflugzeugen zu Frachtern im Gange. Ausserdem wird die Kooperation über das von EADS eingerichtete Engineering-Center in Moskau weiter ausgebaut. Geplant ist auch ein Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich der Raumfahrt. Die Gründung der United Aircraft Corporation in Russland, die aus einem Zusammenschluss wesentlicher russischer Luft- und Raumfahrtunternehmen entstanden ist, dürfte eine Vielzahl neuer Kooperationen mit westeuropäischen Unternehmen ermöglichen.

Auch mit Indien ist eine verstärkte Rüstungszusammenarbeit geplant. In Anwesenheit der indischen Botschafterin in Deutschland wurde auf die Bedeutung intakter politischer Beziehungen hingewiesen. Eine politische Flankierung sei unabdingbar für den Ausbau jeglicher Rüstungsk Kooperation. Mit der Unterzeichnung eines deutsch-indischen Militärabkommens im vergangenen Jahr hatten die beiden Staaten einen wichtigen Schritt zu dauerhaften Rüstungsbeziehungen getan. Indien soll als Partner für die nächste internationale Luft- und Raumfahrtausstellung (ILA 08) im kommenden Jahr gewonnen werden. Zudem steht der «Eurofighter» bei der laufenden indischen Kampfflugzeugevaluation im Auswahlverfahren.

Schlussbemerkungen

Die Europäische Union resp. die europäischen Staaten spielen eine zunehmend wichtige Rolle bei der Bewältigung aussereuro-

päischer Krisen, betonte Bundesverteidigungsminister Jung zum Auftakt der Konferenz. Dies gelte nicht nur für Afrika, sondern vor allem auch für die Krisenregionen im Nahen und Mittleren Osten. Die Probleme dieser Regionen seien aber sehr komplex und vielschichtig und könnten durch Europa alleine nicht gelöst werden.

.....

«Die Europäische Union spielt eine zunehmende Rolle bei der Bewältigung aussereuropäischer Krisen.»

.....

Gleichwohl ist erkennbar, dass sich die Europäer in zunehmenden Masse mit politischen, wirtschaftlichen und seit neuestem auch militärischen Fähigkeiten für Konfliktlösungen einsetzen. Der Schlüssel zu einem Erfolg liegt – so wurde an der Konferenz mehrmals betont – in einem vernetzten sicherheitspolitischen Ansatz, der militärische Sicherung mit zivilem Wiederaufbau und Entwicklung verbindet. Ohne Sicherheit in den heutigen Krisenregionen gebe es keinen nachhaltigen Wiederaufbau, ohne wirtschaftliche Perspektiven wird zudem die Bevölkerung kein Vertrauen in die politische Entwicklung der betroffenen Staaten haben.

Die aktive Teilnahme an internationalen Massnahmen zur Konfliktbewältigung ist für Deutschland und die europäischen Staaten ein wesentlicher Bestandteil der Sicherheitspolitik geworden. Im Vordergrund steht dabei die Überlegung, dass die Sicherheit Europas dort verteidigt resp. geschaffen werden soll, wo diese heute akut gefährdet ist. Dies mit der Absicht, dadurch wesentliche Massnahmen zur eigenen Sicherheit zu treffen.

Hanspeter Gubler
ASMZ-Redaktor
3045 Meikirch